

Frankfurter Allgemeine, 24.09.2003

Pau und Löttsch kämpfen noch immer

Lt. BERLIN, 23. September.

Die beiden fraktionslosen PDS-Abgeordneten im Bundestag, Petra Pau und Gesine Löttsch, kämpfen zwölf Monate nach dem Beginn der Legislaturperiode noch immer mit dem Bundestagspräsidenten und dem Ältestenrat um eine Verbesserung ihres Status und ihrer Arbeitsbedingungen. Frau Pau und Frau Löttsch sagten am Dienstag, über diesbezügliche Anträge, etwa zur Bereitstellung von Arbeitstischen und Telefonen im Plenum, sei bislang nicht entschieden worden. Die beiden Abgeordneten gaben an, sie hätten die ihnen zustehenden Rechte von Fraktionslosen vollständig ausgeschöpft: Sie hätten bisher je 48 Reden im Bundestagsplenum gehalten und das Kontingent der ihnen zugeteilten vier schriftlichen Regierungsanfragen pro Monat und bis zu zwei mündlichen Anfragen je Plenarwoche ausgenutzt. Frau Pau fügte hinzu, sie habe im abgelaufenen Jahr 5438 Bürgerbriefe beantwortet. Sie klagte, es schmälere ihre Kontrollrechte als Parlamentarierin, wenn die Sachverständigen-Anhörungen des Bundestages zu wichtigen Gesetzesvorhaben, etwa der Gesundheits- und der Arbeitsmarktreform, gleichzeitig veranstaltet würden, so daß ihre Teilnahmemöglichkeiten begrenzt seien. Frau Pau und Frau Löttsch sagten weiter, sie erhielten öfter bei ihren Wortmeldungen im Plenum einen verschämten Zuspruch von Parlamentariern des linken Flügels der SPD, die die Kritik an der Regierungspolitik in sozialen Fragen teilten. Frau Löttsch sagte, sie sehe sich gemeinsam mit ihrer Kollegin Pau als die eigentliche Opposition gegen eine "informelle große Koalition". Diese große Koalition habe in der Gesundheitspolitik ihren Anfang genommen, sie werde jetzt zweifellos auf die Gesetzesvorhaben zur Rente und zur Arbeitsmarktpolitik ausgedehnt. Die beiden PDS Bundestagsabgeordneten äußerten sich zuversichtlich, daß ihre Partei im Oktober in Chemnitz ein neues Programm beschließen und damit die Krise überwinden werde, in welche sie durch die Niederlage bei der Bundestagswahl vor einem Jahr gestürzt worden sei. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Parteivorstand unter dem wiedergekehrten Vorsitzenden Bisky funktioniere gut. Frau Pau sagte, sie rechne nicht damit, daß die Proteste der orthodoxen Linken gegen das neue Programm zu Austritten oder gar zu einer Spaltung der PDS führen würden; bislang sei dieser Minderheit in der Partei immer klar gewesen, daß nur die PDS ihr überhaupt die Chance biete, eigene politische Positionen öffentlich zu machen und mit anderen über diese Haltungen zu streiten.

Die Welt, 24.09.2003

Politik ganz am Rande: Die Bilanz der PDS

Berlin - Sie sind fleißig, aber erfolglos und führen eine Art Schattendasein: Petra Pau und Gesine Löttsch, die Abgeordneten der PDS, jener Partei, die bei der Bundestagswahl noch härter abgestraft wurde als die SPD am Sonntag in Bayern. Gestern zogen Frau Pau und Frau Löttsch ihre Jahresbilanz, und die fiel natürlich entsprechend ernüchternd aus. Das Lamento des stark geschrumpften parlamentarischen Arms der PDS gilt in erster Linie weiterhin der Unterbringung. Seinerzeit gab es dieses Foto der zwei einsamen Frauen auf ihren Klappstühlen am äußersten Rand des Plenums, das bundesweit Aufsehen erregte und ganz offensichtlich eine Art Mitleidsbonus erzeugte. "Sehr viele Bürger beschwerten sich bis heute bei Bundestagspräsident Thierse über unsere unwürdigen Arbeitsbedingungen", sagte Frau Löttsch.

Genützt hat das aber nichts. Ein erster Antrag auf den Gruppenstatus, mit dem die beiden direkt gewählten Abgeordneten mehr Befugnisse anstrebten, war im Januar abgelehnt worden. Sie entschlossen sich zu einem weiteren Vorstoß, um den "verfassungsmäßigen Auftrag besser wahrnehmen zu können", wie Frau Pau es ausdrückte. Zwar könnten sie sich in den Plenarsitzungen "zu jedem Tagesordnungspunkt" äußern, aber ihre Kontrollrechte seien eingeschränkt, ergänzte Frau Löttsch ein wenig bitter. So müssen sie sich denn mit Hilfe der Statistik selbst Mut machen. Je 48 Reden und Dutzende von Wortmeldungen und Anfragen hat die informelle Zwei-Personen-Nachfolgeorganisation der einst 37-köpfigen PDS-Fraktion für das erste parlamentarische Jahr vorzuweisen, und wenn das alles auch in der Öffentlichkeit nicht viel Widerhall gefunden hat, so wussten das doch die Wähler offenbar zu schätzen. Allein bei Petra Pau sind mehr als 5400 Briefe eingegangen. Immerhin werde die PDS als linke Opposition gegen den von Rot-Grün betriebenen Sozialabbau und die Kriegs- und Auslandseinsätze der Bundeswehr wahrgenommen, meinte Pau und berichtete stolz: "Mit elf Debatten und acht Abstimmungen sind wir Rekordhalter im Neinsagen zum Krieg." MZ

TAZ, 24. 09. 2003

Deutscher Bundestag, ganz hinten, links

Seit einem Jahr streiten Petra Pau und Gesine Löttsch (PDS) für Tisch und Telefon. Manchmal reden sie auch über Politik

Nicht mal den Katzentisch gönnt man ihnen. Um den kämpfen sie seit einem Jahr. Die Bundestagswahl brachte der PDS weder fünf Prozent der Stimmen zusammen noch die nötigen drei Direktmandate, um als Gruppe oder Fraktion in den Bundestag einzuziehen. Einzig die Abgeordneten Petra Pau und Gesine Löttsch erinnern noch daran, dass es einmal eine PDS auf der parlamentarischen Bundesebene gab. Eilig installierte Einzelsitze, ohne Tisch und Telefon, links hinten im SPD-Block müssen reichen, befand der Bundestag. Skandal, findet die PDS. Es gebe keine Abgeordneten erster und zweiter Klasse. Dementsprechend fällt ihre Einjahresbilanz vor Journalisten aus. Ob Pau und Löttsch nun "nicht hinnehmbare Arbeitsbedingungen" beklagen oder ob es um zusätzliche parlamentarische Rechte geht. Über die Tische entscheidet irgendwann der Ältestenrat. Über die parlamentarischen Rechte, so Pau und Löttsch, notfalls das Bundesverfassungsgericht - nachdem der Bundestag bereits einen Antrag auf Zulassung als Bundestags-Gruppe abschmettete.

Gelächter bricht aus, als Gesine Löttsch schwurbelig formulierte Passagen aus den Antworten der Bundestagsverwaltung vorliest. Botschaft dieser Briefe: Wir prüfen das noch. Viel zu lange schon, findet Löttsch. Politisch war zu sagen, dass Lothar Bisky, der neue Vorsitzende, es schon machen wird, dass nach dem Chemnitzer Parteitag Ende Oktober die Umfragen bestimmt wieder nach oben gehen und die Angehörigen der PDS-Kleingruppe nach wie vor die einzig wahren Pazifisten im Parlament sind - anscheinend noch immer irritiert davon, dass die Regierung ihnen ein zentrales Thema geklaut hat. "Wir sind nicht die Einzigen, die Opposition heißen", sagt Pau, "aber die Einzigen, die wirklich opponieren." In Chemnitz soll ein neues Parteiprogramm beschlossen werden, denn zugegeben, das derzeitige Programm sei ja noch "mit dem Blick aus dem Fenster der DDR auf die Bundesrepublik geschrieben", sagt Pau. Und auch mit dem neuen Programm werde jeder in der PDS seinen Platz finden. Denn da, wo PDS drauf- stehe, ob in Opposition, Regierung oder im Westen, "sei immer öfter auch ein Zusammenhang zu erkennen." Und schiebt nach: "... ist auch PDS drin!" Zur Bilanz gehören natürlich auch Erfolgswahlen: Gesine Löttsch wird diese Woche ihre 50. Rede im

Bundestag halten, und in Petra Paus Büro wurden seit 1998 genau 5.438 Briefe beantwortet. Dafür gibt es ein Bienchen.
THILO SCHMIDT

Berliner Zeitung, 24.09.2003

Fleißarbeit in Berlin

Die beiden Abgeordneten der PDS Im Bundestag haben ein Jahr nach der Wahl ein nüchternes Resümee ihrer Arbeit gezogen. Nach wie vor habe der Bundestag nicht über einen Antrag auf Anerkennung als Gruppe entschieden, sagte die Abgeordnete Petra Pau. Auch die Frage geeigneter Räume und Arbeitstische im Plenum werde noch geprüft. Nach Angaben der Abgeordneten Gesine Löttsch haben beide im letzten Jahr insgesamt 96 Reden gehalten und damit das Rederecht ausgeschöpft. Insgesamt habe man 5 438 Briefe erhalten.

Netzeitung

PDS klagt über Bedingungen im Bundestag

23. Sep 14:48

Petra Pau hat die schlechten Arbeitsbedingungen für die PDS im Parlament kritisiert. Problematisch sei, dass sie und Löttsch immer noch nicht als Gruppe anerkannt seien.

Die PDS beklagt die nach wie vor «schlechten Arbeitsbedingungen» im Parlament. Ein Jahr nach der Bundestagswahl sei über einen weiteren Antrag auf Anerkennung der beiden Abgeordneten als Gruppe noch nicht entschieden worden, kritisierte die PDS-Parlamentarierin Petra Pau am Dienstag in Berlin.

Ein erster Antrag auf Gruppenstatus war im Januar abgelehnt worden. Bei der Bundestagswahl war die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, lediglich Petra Pau und Gesine Löttsch waren direkt ins Parlament gewählt worden. So lange sie nicht als Gruppe anerkannt sind, erhalten sie auch kein Geld für Mitarbeiter, die normalerweise Fraktionen zustehen. Zudem fehlen ihnen einige Rechte in der Parlamentsarbeit. (nz)

Neues Deutschland

Es lächeln die Kollegen finster

PDS-Abgeordnete sehen sich als einzig wahre Opposition im Berliner Reichstag
Von Uwe Kalbe

Ein rundes Jahr ist der 15. Bundestag alt, ein Jahr voller Krisenstimmung, schicksalhafter Bekenntnisse, Reformversprechen und Brachialkritik. In solchen Zeiten ist starke Opposition Bedingung für gute Parlamentsarbeit. Doch wahre Opposition, beklagt die PDS im Bundestag, kommt nur von ihr. Gesine Löttsch und Petra Pau, die beiden Parlamentarierinnen im Rücken der SPD-Fraktion, sehen sich nicht nur räumlich im Abseits. Sie stünden einer großen Koalition gegenüber, innerhalb derer ein Wettlauf um die effektivsten Wege zum neoliberalen Umbau dieser Gesellschaft eingesetzt habe.

Lötzsch und Pau ziehen eine trübe Bilanz des einjährigen Jubiläums ihrer Zweiergruppe, um deren Anerkennung des Parlaments sie bisher ebenso erfolglos rangen wie um bessere Ausstattung. Ein Beschwerdebrief an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) blieb bislang folgenlos wie ohne Antwort. Da sind sie wieder, die sprichwörtlichen, fehlenden Tische im Plenarsaal. Kein Gegenstand, der so viel außerparlamentarisches Interesse am Bundestag geweckt hätte, ohne überhaupt vorhanden zu sein. Klaus Uwe Benneter, Mitglied der SPD-Fraktion, gestand Gesine Lotzsch, dass er froh wäre, wenn endlich Tisch und Stuhl an den Plätzen der PDS-Frauen beieinander stünden. Ihn nerven die immer wiederkehrenden zwei Fragen von Besuchergruppen: Wo sitzt der Bundeskanzler? Und: Haben die PDS-Abgeordneten endlich ihre Tische?

Doch den beiden geht es nicht allein um Tische und Telefone im Plenarsaal. Sie sehen sich dadurch benachteiligt, dass ihnen mit der Verweigerung des Gruppenstatus zugleich Sach- und Finanzmittel vorenthalten werden. So erhalten die Fraktionen der übrigen Parteien einen Sockelbetrag, den auch Lotzsch und Pau verlangen. Allein mit den außerdem üblichen 6000 Euro pro Abgeordnetem könnten sie ihre Öffentlichkeits- und Pressearbeit profilieren, die bislang neben Anzeigen, der Miete für das Wahlkreisbüro und anderen Ausgaben allein aus der Aufwandsentschädigung bestritten werden kann. Die Abgeordneten machen deutlich, dass sie sich in ihrer Hauptaufgabe behindert sehen, nämlich ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung nachzukommen.

Immerhin schöpfen die PDSlerinnen das ihnen zustehende Fragerecht aus, vier schriftliche sowie zwei mündliche in den regelmäßigen Fragestunden. Sie sind vielleicht ihr wirkungsvollstes parlamentarisches Instrument. Allein, dass sie gestellt werden, ließ Ministerien bereits hellhörig werden, auch mal schlummernde Fördermittel in Bewegung geraten.

Peter Struck, der Bundesverteidigungsminister, stellte Pau und Lotzsch kürzlich, in der Reichstagslobby. Er wollte wissen, wer von beiden ihn als »Verfassungsfeind« beschimpft habe. Petra Pau, die »Delinquentin«, stellte richtig: 20 Bundeswehrsoldaten seien ohne Bundestagsmandat nach Kundus entsandt worden – ein Verfassungsverstoß! Pau, mit 17 Voten gegen Bundeswehreinätze in der letzten Wahlperiode Rekordhalterin im »Nein-Sagen«, ist »bestürzt«, dass das Thema allein in diesem ersten Jahr schon elf Mal zur Debatte stand, es kam zu acht Abstimmungen. Und wieder: Die einzige Opposition sind dann sie, die zwei PDS-Abgeordneten. Einstige Verbündete auf der SPD-Linken »lächeln finster, wenn wir ihre eigenen Argumente vortragen«, sagt Lotzsch. »Die resignieren langsam«. Sie selbst bekunden trotz einsamer Position gute Laune, weil Politik auch »Spaß« machen muss. Fröhlich klingt es nicht.

Vorab:

Tagesspiegel, 21. 09. 2003

Krankenbeitrag

HINTER DEN LINDEN

Habt Vertrauen in die Banken, Genossen! Den dringenden Appell veröffentlichte der Bundesgeschäftsführer der PDS neulich im „Neuen Deutschland“ – verärgert, dass nur ein Drittel der Parteimitglieder seinen Beitrag vom Girokonto abbuchen lässt. Doch die meisten, die sich dem Einzugsverfahren verweigern, hätten gar nicht die Befürchtung, dass etwas nicht klappen könnte, erläuterte Rolf Kutzmutz. „Nein, sie sagen, wenn ich mal krank bin, kommt vielleicht nicht mal mehr der Kassierer.“

Wenn das Oskar Lafontaine mal bedacht hätte: Will er doch die PDS der Ost-SPD einverleiben. Was würde das den Altersdurchschnitt der sozialdemokratischen neuen Landesverbände in die Höhe treiben! Wäre mal interessant zu wissen, wer sich noch so alles der Abbuchung von Mitgliedsbeiträgen verweigert, nur um im Alter gelegentlich ein wenig Kurzweil zu haben und Kassierer-Besuch zu bekommen. Ganz neue Betätigungsfelder für Volkssolidarität und Arbeiterwohlfahrt tun sich da auf, sollte die PDS mal das Zeitliche segnen.

Aber noch schlagen sich die Führungsleute wacker. Aus dem Bundestag geflogen – von wegen. Kommende Woche wollen die beiden verbliebenen PDS-Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau Bilanz von einem Jahr Opposition im Bundestag ziehen. In der Einladung ist zu lesen, dass die beiden mehr geredet haben als „das Duo“ Müntefering und Merz. Und mehr Wähler als Merkel und Westerwelle vertreten Löttsch und Pau auch, sagen sie. Dass sie jetzt bloß nicht krank werden. Am Ende schlägt noch einer vor, dass Parlamentspräsident Thierse den PDSlerinnen die Diäten persönlich ans Bett bringen muss.

Matthias Meisner